

2606/AB
vom 15.03.2019 zu 2623/J (XXVI.GP)

Bundesministerium
 Verfassung, Reformen,
 Deregulierung und Justiz

bmvrdj.gv.at

Dr. Josef Moser
 Bundesminister für Verfassung, Reformen,
 Deregulierung und Justiz

Herrn
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Präsident des Nationalrats
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: BMVRDJ-Pr7000/0013-III 1/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2623/J-NR/2019

Wien, am 15. März 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Jörg Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen, haben am 15. Jänner 2019 unter der Nr. **2623/J-NR/2019** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Gesamtkosten des Österreichischen EU-Ratsvorsitzes“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend halte ich fest:

Österreich hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 2018 zum dritten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU-Ratsvorsitz) inne. Der EU-Ratsvorsitz fand in einem sehr herausfordernden Umfeld statt, da sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf mehreren Ebenen mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert sahen.

Die Bundesregierung stellte sich mit großem Engagement, mit einem klaren Bekenntnis zum gemeinsamen Europa und mit klaren Vorstellungen, was erreicht werden soll, dieser anspruchsvollen Aufgabe. Österreich verfolgte daher von Beginn unter dem zentralen Motto „Ein Europa, das schützt“ ein sehr dichtes Arbeitsprogramm auf allen Ebenen, um im Interesse der Bürgerinnen und Bürger möglichst viele Verhandlungsabschlüsse und Fortschritte in den definierten Prioritäten zu erreichen. Diese Prioritäten umfassten die professionelle Abwicklung des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027), Sicherheit und Kampf gegen

illegaler Migration, Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung, Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans/Südosteuropas an die EU sowie Subsidiarität.

Insgesamt konnten 53 politische Einigungen mit dem Europäischen Parlament, 75 Einigungen im Rat sowie der Abschluss von 56 Schlussfolgerungen bzw. Empfehlungen erzielt werden. Darüber hinaus wurden weitere 509 Entscheidungen des Rates getroffen sowie 52 Rechtsakte mit dem Europäischen Parlament unterzeichnet.

Im Rahmen des österreichischen Ratsvorsitzes fanden insgesamt 2.722 Treffen in unterschiedlichsten Formaten statt. Es fanden vier Treffen der Staats- und Regierungschefs (unter anderem beim informellen Gipfel in Salzburg), 36 Ministerräte in Brüssel und Luxemburg, 161 Triloge mit dem Europäischen Parlament sowie 363 weitere Vorsitz-Veranstaltungen in Österreich und anderen europäischen Ländern statt.

Der österreichische Ratsvorsitz brachte auch einen wesentlichen wirtschaftlichen Effekt in Österreich. Laut den vom Institut für Höhere Studien erhobenen und publizierten vorläufigen Zahlen trug der Ratsvorsitz 136,9 Mio. Euro zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt bei. Dadurch wurden 2.164 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Durch diese direkten Auswirkungen auf die Wertschöpfung und die Beschäftigung wird ein wesentlicher Beitrag zum Wohlstand in unserem Land geleistet.

Der Besuch von rund 80.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie von rund 1.000 nationalen und internationalen Medienvertreterinnen und -vertretern erzeugte zusätzlich zu dem ökonomischen Mehrwert eine breite (mediale) Außenwirkung für unser Land.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die wirtschaftliche Umwegrentabilität des österreichischen Ratsvorsitzes zu verweisen. Als Schauplatz der europäischen Bühne konnten sich die jeweiligen Bundesländer als Austragungsorte und Veranstalter nach außen präsentieren. So profitiert der Ruf unseres Landes als guter Gastgeber sowie unsere heimische Tourismus- und Dienstleistungsbranche langfristig von dem erzeugten Werbewert.

Zu den Fragen 1 und 3 bis 11:

- 1. Wie hoch sind insgesamt die finanziellen Aufwendungen (=Gesamtkosten), die Ihrem Haus durch den EU-Ratsvorsitz entstanden sind?
- 3. Wie hoch waren die Kosten für Sachaufwände?
- 4. Wie hoch waren die Kosten für Übersetzungsleistungen?
- 5. Wie hoch waren die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit?
- 6. Wie hoch waren die Repräsentationsausgaben?
- 7. Wie hoch waren die Reise- und Transportkosten?

- 8. Wie hoch waren die Hotel- und Übernachtungskosten?
- 9. Wie viel davon entfiel auf Werkleistungen durch Dritte?
- 10. Wie viel davon entfiel auf die Zentralstelle bzw. die nachgeordneten Dienststellen (aufgeschlüsselt nach Bundesland)?
- 11. Wie verteilen sich die Antworten auf die Fragen 2 bis 9 auf die Zentralstelle und die nachgeordneten Dienststellen (aufgeschlüsselt nach Bundesland)?

Im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 sind für die Untergliederung (UG) 13 im Sachaufwand Gesamtkosten in der Höhe von 819.367,19 Euro (Zeitraum 1. Jänner 2018 bis Stichtag 31. Jänner 2019) entstanden.

Das Jahr 2017 kann wegen der sehr abweichenden Ressortverteilung vor der BMG-Novelle 2018 nicht angegeben werden bzw. die Vergleichbarkeit zwischen den Ressorts nicht gewährleistet werden.

Für die EU-Ratspräsidentschaft 2018 wurden die Finanzstelle 91075180 und die Kostenstelle 110078 (Ratsvorsitz EU) eingerichtet. Damit wurden sämtliche einschlägigen Werkleistungen durch Dritte zur Kostenstelle 110078 (Ratsvorsitz EU) verbucht, darunter auch die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit. Eine gesonderte Auswertung dieser Kosten ist dadurch aber nicht möglich.

Es ist inhaltlich nicht möglich, vorsitzkausale Dienstreisen, also Dienstreisen, die nur aufgrund des österreichischen Ratsvorsitzes angefallen sind, von sonstigen Dienstreisen im Zusammenhang mit EU-Angelegenheiten eindeutig zu trennen. Die Kosten für Dienstreisen (Transport, Verpflegung, Nächtigungen) iHv 375.787,48 Euro umfassen daher nicht nur vorsitzkausale Dienstreisen, sondern alle EU-Dienstreisen im zweiten Quartal 2018.

Aufwendungsarten UG 13	Betrag in Euro
Sachaufwand	269.032,82
Übersetzungsleistungen und Dolmetsch	8.988,00
Repräsentationsaufwand	4.749,02
Reise und Transport	375.787,48
Hotel und Übernachtungen	6.546,05
Werkleistungen durch Dritte (inkl. Öffentlichkeitsarbeit)	154.263,82
Summe:	819.367,19

Zu den Fragen 2 sowie 18 bis 21:

- 2. Wie hoch waren die Kosten für Personalaufwendungen?
- 18. Wie viele zusätzliche Planstellen (in VZÄ) wurden in Zusammenhang mit dem EU-Ratsvorsitz geschaffen und wie hoch sind die Kosten dafür? Wie viele dieser Planstellen wurden nur befristet für den Zeitraum des EU-Ratsvorsitzes verwendet?
- 19. Wie viele Werkverträge und Arbeitsleihverträge wurden in Zusammenhang mit dem EU-Ratsvorsitz abgeschlossen und wie hoch sind die Kosten dafür?
- 20. Wie viele MitarbeiterInnen Ihres Ressorts waren zu mindestens 50 Prozent mit dem EU-Ratsvorsitz befasst (Aufschlüsselung nach Monaten zwischen Jänner 2018 und Jänner 2019)?
- 21. Wie viele MitarbeiterInnen Ihres Ressorts waren zu 100 Prozent mit dem EU-Ratsvorsitz befasst (Aufschlüsselung nach Monaten zwischen Jänner 2018 und Jänner 2019)?

Aus Anlass der EU-Ratspräsidentschaft wurden insgesamt 22 Stellen für eine Beschäftigung im Zeitraum von 3. Juli 2017 bis 28. Februar 2019 eingerichtet, die jedoch nicht durchgängig besetzt waren (EU-Poolisten). Die Delegation an der Österreichischen Vertretung in Brüssel wurde befristet für die Dauer der Ratspräsidentschaft mit einem vierten Ressortvertreter (zu Lasten seiner Stammplanstelle im Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz), zwei EU-Poolisten (bereits in den 22 Stellen enthalten) sowie durch Aufstockung des Beschäftigungsausmaßes einer sur-place-Bediensteten verstärkt.

Die Personalkosten (einschließlich der anteiligen Sonderzahlungen und der Dienstgeberbeiträge) für die EU-Poolisten beliefen sich auf 1.434.316,22 Euro.

Eine darüberhinausgehende Aufschlüsselung (Fragen 20 und 21) ist technisch nicht möglich.

Zu den Fragen 12 bis 14:

- 12. Auf welchen Konten wurden die Aufwände für den EU-Ratsvorsitz in Ihrem Ressort verbucht (bitte um Angabe der Kontennummer und -bezeichnung der jeweiligen Untergliederung sowie der auf dieser verbuchten Betragssumme)?
- 13. Sofern keine eigenen Konten eingerichtet wurden: Wie haben Sie das Controlling in Zusammenhang mit den Kosten für den EU-Ratsvorsitz sichergestellt?
- 14. Wie haben Sie eine Zuordenbarkeit der Ausgaben zum EU-Ratsvorsitz garantiert?

Die Finanzstelle 91075180 wurde für das EU-Ratsvorsitzbudget eingerichtet. Je nach Aufwand wurden die Kosten den entsprechenden Finanzpositionen laut dem Kontenplan für Gebietskörperschaften zugeteilt und den Haushaltsvorschriften gemäß verrechnet. Weiters wurde die Zuordenbarkeit der Ausgaben des EU-Ratsvorsitzes im Zuge des laufenden

Controllings überwacht. Demnach betrug der Gesamtaufwand (Personal- und Sachaufwand) rund 2.254.000 Euro.

Finanzposition	KONTO-Bezeichnung	Summe (Euro)
1-0420.180	So.ABGA (EU-Präs.18)	1.499,52
1-4000.180	GWG (EU-Präs.18)	2.174,34
1-4110.180	HW unent(EU-Präs.18)	5.510,04
1-4300.000	Lebensmittel	362,88
1-4560.180	Büromittel(EU-Präs.)	4.618,22
1-5110.000	VB I Z	1.037.576,47
1-5600.804	Fahrtkostenzusch. Z	759,72
1-5606.180	In.Reis.Z(EU-Präs.18	1.316,72
1-5606.901	Zuteilungsgebühren Z	4.388,40
1-5606.990	Sonst. Inlandreisen	1.240,31
1-5613.180	A.Reisen(EU-Präs18)Z	47.580,42
1-5613.400	Dienstreisen Z	3.548,98
1-5613.460	A.Reisen (DR) (EU) Z	12.489,41
1-5620.901	Kaufkr.-Ausgleichsz.	8.441,34
1-5620.902	Auslandsverwend.zul.	45.912,85
1-5620.903	Wohnungskostenb.	26.982,70
1-5630.990	Aufw.entschäd.-Mig.	2.015,53
1-5670.100	Belohnungen Z	32.208,00
1-5800.000	DGB-FB-Fonds/B Z	563,55
1-5820.000	DGB FB-Fonds/VB Z	44.090,56
1-5830.000	DGB Sonstige/VB Z	210.773,18
1-5850.000	DGB Pensionsk./VB Z	8.893,55
1-5860.000	DGB MVK/VB Z	16.098,77
1-6180.180	so.AnlagenEU-Präs.18	828,06
1-6205.180	BahnKoKa(EU-Präs.18)	4.453,59
1-6210.180	Transp. (EU-Präs.18)	4.100,50
1-6216.180	S.Trans.(EU-Präs.18)	296.669,15
1-6216.903	Sonst.Ref.	241.490,70
1-7020.180	Mietzins(EU-Präs.18)	10.971,23
1-7150.000	Andere öffentl.Abg.	100,80
1-7232.180	Reprä. (EU-Präs.18)	4.749,02
1-7270.180	Werkleist(EU-Präs.18	141.907,07
1-7271.990	Sonstiges	15.536,75
1-7272.180	Hotek. (EU-Präs.18)	6.546,05
1-7290.013	an das BMVRDJ	1.231,50
1-7290.014	an das BMLV	262,90
1-7294.650	Mehrleistungsverg. Z	4.650,00
1-7295.700	DGB-FB-Fonds Z	142,35
1-7295.710	DGB-LB-APS Z	39,00
1-7295.800	DGB-Sonstige Z	752,98
1-7295.810	DGB-LB-sons-APS Z	206,30
		2.253.683,41

Zu den Fragen 15 bis 17:

- 15. Wie hoch waren die Aufwendungen in Euro (Summe) für den EU-Ratsvorsitz 2006 in Ihrem Ressort?
- 16. Sind die Aufwendungen im Vergleich zum letzten EU-Ratsvorsitz gestiegen und wenn ja, um wie viel Prozent?
- 17. Welche Maßnahmen zur Kostensenkung haben Sie ergriffen?

Zur Beantwortung dieser Fragen darf ich auf meine Beantwortung der Voranfrage zur Zahl 1305/J-NR/2018, Fragen 16 bis 21 verweisen, wo im Wesentlichen ausgeführt wird, warum ein Vergleich der Aufwendungen der Jahre 2006 und 2018 nicht mit der sachlich gebotenen Seriosität angestellt werden kann. Die Höhe der Aufwendungen für den Ratsvorsitz im Jahr 2006 selbst ergeben sich aus der Beantwortung der Anfrage Zahl 4523/J-NR/2006 durch meine Amtsvorgängerin Mag. Karin Gastinger.

Zur Frage 22:

- Welche Aufträge in Zusammenhang mit dem EU-Ratsvorsitz haben Sie an Dritte vergeben?
 - a. Wer erhielt jeweils den Zuschlag?
 - b. Für welche dieser Vergaben erfolgten öffentliche Ausschreibungen?
 - c. Welche dieser Vergaben erfolgten freihändig bzw. sollen freihändig erfolgen?
 - d. Wie hoch waren die Kosten für die an Dritte vergebenen Aufträge (bitte um Detailangabe der Einzelkosten je Auftrag in € und Gesamtsumme)?

Bei den Vergaben handelt es sich gemäß der vergaberechtlichen Schwellenwerte um Direktvergaben. Im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurden Aufträge im Rahmen folgender Veranstaltungen vergeben:

Veranstaltungstitel	Vertragspartner	Gesamtkosten (in Euro)
Meeting of Directors and Experts of Better Regulation	Blaguss, Duo Weinblatt, Fremdenführerin (Firma Navito), Weingut Feuerwehr Wagner Heuriger	5.933,10
Legicoop Jahrestreffen	Stadtheuriger Gigerl	387,60
EU-USA High Level Senior Officials Meeting	Catering Kultur, Pesendorfer Quartett, Firma Lippe, Sachertorten Manufaktur GmbH, Dr. Richard	6.145,73 ¹
EuGH –	Catering Pöllmann, Sachertorten	4.248,32

¹ Teilrefundierung durch BMI, siehe Frage 23

Prozessvertretertreffen	Manufaktur GmbH, Blaguss, Weingut Feuerwehr Wagner Heuriger, Vienna Walks and Talks	
Westbalkankonferenz	Hotel Bad Rogner, Direktorat für Regierungsdienstleistungen der Republik Albanien	78.145,62 ²
Datenschutz in der Gerichtsbarkeit	Flemings Selection Hotel, Justizcafé, Heuriger, Blaguss, Riezinger	29.984,03
The national life of the EU-Charter of fundamental rights - Avenues to enhance	Catering Froemmels, Sachertorten Manufaktur GmbH, Justizcafé	7.166,16
Towards and Efficient and Effective Public Prosecutor's Office	Dr. Richard, Top Event, Firma Pöllmann, Firma Lippe	6.858,14
51. Plenartreffen des Europäischen Justiziellen Netzwerkes (EJN)	Belvedere Kunstvermittlung, Vienna Austria Center, Pesendorfer Quartett, Sachertorten Manufaktur GmbH, Firma Lippe, Motto Catering	6.824,70
Conference on the effectiveness of justice systems	Dr. Richard, Stift Klosterneuburg, Duo Weinblatt, Sachertorten Manufaktur GmbH, Austria Center Vienna, Motto Catering, ORF, Flughafen Wien, APA-OTS Originaltext Service GmbH für die Europäische Kommission ³ , Stiftsgärtnerei Klosterneuburg	11.239,42
E-Justice Conference	Sachertorten Manufaktur GmbH, Firma Top Event, Catering Trabitsch, Austria Center Vienna, Sisi Museum, Ottakringer Brauerei, Motto Catering, Plantical GmbH, K&K Hotel Maria Theresia, Weblaw AG	44.160,86
72. Treffen des Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen	Café Konditorei Fürst, Sachertorten Manufaktur GmbH, Austria Center Vienna, Kunsthistorisches Museum, Dr. Richard, Eleven Gastro Service, Pesendorfer Quartett, Motto Catering, Flemings Selection Hotel	12.099,71

² Teilrefundierung durch BMI, siehe Frage 23.

³ Übertragung der Konferenz via APA Live-Stream.

Zur Frage 23:

- *Erhalten bzw. erhielten Sie für Aufwendungen eine Refundierung durch andere Ressorts bzw. EU-Organen? Wenn ja, für welche und in welcher Höhe?*

Das BMVRDJ erhält für zwei gemeinsam abgehaltene Veranstaltungen mit dem Bundesministerium für Inneres im Rahmen der Westbalkan Konferenz von 4. – 5. Oktober 2018 in Tirana (Albanien) eine Refundierung in Höhe von 41.686,05 Euro und für das EU-USA JAI High Level Senior Officials Meeting von 25. – 26. September 2018 eine Refundierung in Höhe von 3.072,87 Euro.

Für den ursprünglich in Wien geplanten Justiz- und Innenministerrat wurden Stornokosten in der Höhe von 7.625,00 Euro vom Bundeskanzleramt an das BMVRDJ rückerstattet.

Zu den Fragen 24 bis 26:

- *24. Welche Erfolgsindikatoren haben Sie für Ihr Ressort in Zusammenhang mit dem EU-Ratsvorsitz definiert?*
- *25. Welche konkreten Erfolge konnten Sie in Ihrem Ressort in Zusammenhang mit dem EU-Ratsvorsitz erzielen?*
- *26. Wie viele Dossiers und Trilogverhandlungen konnten Sie mit einer politischen Einigung abschließen? (Bitte um Auflistung der jeweiligen Dossiers)*

Zur Beantwortung dieser Fragen verweise ich auf den Ministerratsvortrag TOP 19 des 43. Ministerrates vom 23. Jänner 2019.

Zu den Fragen 27 und 28:

- *27. Wie viele formelle Treffen wurden in Ihrem Ressort in Zusammenhang mit dem EU-Ratsvorsitz geleitet? (Bitte um Auflistung)*
- *28. Wie viele informelle Treffen wurden in Ihrem Ressort in Zusammenhang mit dem EU-Ratsvorsitz abgehalten? (Bitte um Auflistung)*

Diese Informationen sind auf der Website des EU-Ratsvorsitzes Österreichs unter <https://www.eu2018.at/de/> veröffentlicht.

Zur Frage 29:

- *Wie hoch sind die noch nicht abgerechneten Aufwendungen für den EU-Ratsvorsitz und wann werden diese spätestens abgerechnet?*

Für das BMVRDJ wurden Aufwendungen für den EU-Ratsvorsitz in der Höhe von ca. 34.000 Euro noch nicht abgerechnet. Die Verbuchung erfolgt unmittelbar nach Rechnungslegung.

Zur Frage 30:

- *Welcher Betrag war in Ihrem Ressort ursprünglich für alle Aufwendungen in Zusammenhang mit dem EU-Ratsvorsitz (inkl. allfälliger Umschichtungen und Bedeckung aus allgemeinen Budgetpositionen) vorgesehen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und UG)*

Zur Beantwortung dieser Frage verweise ich auf die Anfragebeantwortung vom 5. Juli 2018 zur Zahl 1305/J-NR/2018, Fragen 1 und 2, wonach Gesamtkosten in Höhe von rund 557.000 Euro veranschlagt waren. Die Überschreitung des Voranschlags beim Sachaufwand ist auf die Kostenentwicklung im schwer kalkulierbaren Bereich Reise und Transport (Fragepunkt 7) iHv insgesamt rund 376.000 Euro zurückzuführen. Überdies wird auf die Anmerkung zu den Zu den Fragen 1 und 3 bis 11 hingewiesen, wonach diese Position (und der dazugehörige Sachaufwand) mangels eindeutiger Differenzierbarkeit nicht nur vorsitzkausale Dienstreisen sondern sämtliche EU-Dienstreisen umfasst.

Dr. Josef Moser

